

9. III. 1917

175

Steuervorlagen im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm gestern die Steuervorlagen in Beratung, beginnend mit dem Entwurf, betreffend eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916 im Betrage von 100 Mill. M.

Der Gesetzentwurf wurde unverändert angenommen.

Der Ausschuß einigte sich sodann dahin, die drei Steuergesetzentwürfe, Zuschlag zur Kriegsteuer, Sicherung der Kriegsteuer und Kohlensteuer, einer allgemeinen Erörterung zu unterziehen.

Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf v. Roedern gab zunächst einen Ueberblick über die Finanzlage im allgemeinen und führte aus, daß die Steigerung der Kriegskosten sowie die dadurch bedingte Steigerung des Umlaufs an Schatzanweisungen schneller erfolge als die Kriegsanteile ausgegeben werden könnten. Für die Uebergangszeit sei hierauf Rücksicht zu nehmen; dazu komme, daß in der Uebergangszeit noch große Ausgaben für Heer und Marine, für Entschädigungen aller Art zu erwarten seien. Das mache es notwendig, schon jetzt hierfür laufende Einnahmen zu schaffen; denn auch in der Uebergangszeit sei nicht sofort mit den alten Einnahmen aus Bier, Brauntwein und Zöllen zu rechnen. Was den 20 v. H. Zuschlag anlangt, so gab der Staatssekretär zu, daß darin eine gewisse Inkonsequenz liegen könne, jedoch hätten sich die Verhältnisse seit März 1916 von Grund auf durch die lange Kriegsdauer verändert, was auch aus den steigenden Ausgaben hervorgehe. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Veranlagungen noch nicht stattgefunden hätten; erwägenswert erscheine ihm der Gedanke einer Berücksichtigung stillgelegter Betriebe. Dem Vorschlage, ein neues Kriegssteuergesetz schon jetzt zu bringen, könne er nicht zustimmen, man müsse die Veranlagung des alten Gesetzes erst abwarten, auch sei für die neue Veranlagung eine Zeit von einem Jahre zu kurz; sodann müsse man berücksichtigen, daß durch die Zahlungen in Kriegsanteile kein neues Geld hereinkomme. Bezüglich der Kohlensteuer sei es richtig, daß zurzeit das Reich und die Bundesstaaten die Steuer mit zu tragen hätten. Sie werde aber insbesondere für die Uebergangszeit als laufende Steuerquelle nötig sein. Erkenne man dies an, so müsse man sie jetzt bewilligen, da sie eine Einführungsperiode von mehreren Monaten bedürfe, zumal wenn auf eine vorsichtige und gerechte Veranlagung, eine sorgfältige Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen Bedacht genommen werde. Die Kommunen könnten neue Arbeit für Veranlagungszwecke kaum noch übernehmen. Hierauf machte der Staatssekretär

Angaben über das Volksoermögen.

das er auf insgesamt 300 bis 330 Milliarden Mark für Deutschland schätzte, wovon etwa 200 Milliarden Mark steuerbar seien. Er glaube nicht, daß ziffernmäßig eine allzu starke Verneuerung während des Krieges eingetreten sei.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erwiderte, die Ausführungen des Staatssekretärs nötigten dazu, dem Ernst der Lage offen ins Auge zu sehen. Er hätte gewünscht, daß der Schatzsekretär auch über die künftigen Steuerpläne sich geäußert hätte. Er könne nicht billigen, das Volk mit Verbrauchs- und Verkehrssteuern in noch größerem Maße zu belasten. Eine

Advertisement for Carl Schüller, including address and contact information.

Advertisement for Theodor Müllenhoffen, including address and contact information.

Advertisement for Dr. Hermann Weisbach, including address and contact information.

Sammler-Verzeichnis... nisse werde der Anteil des Reiches sinken und die Kohlensteuer automatisch von der privaten Volkswirtschaft übernommen worden.